

Frühest täglich
früh 6½ Uhr.

Redaktion und Expedition
Johannstraße 33.
Sprechstunden der Redaktion:
Mittwoch 10—12 Uhr.
Nachmittag 5—6 Uhr.
Für die Abgabe einzelner Nummern nach 10
bis 12 Minuten nicht verhältnis.

Abnahme der für die nächstfolgende
Nummer bestimmten Infotexte an
Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags,
am Sonn- und Feiertagen frühestens bis 10 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme:
Ditte Blumen, Universitätsstraße 21.
Kons. Löhne, Untermarktstraße 18, 2.
nur bis 10 Uhr

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

N° 318.

Mittwoch den 14. November 1883.

Amtlicher Theil.

Bekanntmachung.

Aus Anlaß der Einladung zur Diademmesse auf das Jahr 1884 werden den Vorhaben von juristischen Personen und Vereinen aller Art, sowie den Arbeitgebern u. gegründig Formulare zur Anfertigung von Gehalts- bez. Vorausleistungen beschreibt, welche nach Maßgabe der Bestimmungen in §§. 36 und 37 des Einflussbeauftragtes vom 2. Juli 1878 verbunden mit §. 28 der dazu erlassenen Ausführungs-Verordnung vom 11. Oktober desselben Jahres, ausfüllt binnen 8 Tagen, von der erfolgten Beendigung ab gerechnet, bei Vermeidung einer Geldstrafe bis zu 50 Mark, die bei Verhauptung des Termins unabschöpflich beigetrieben werden wird, an die Fikile unserer Stadtsteuer-Gesellschaft, Ostmarkt Nr. 3, 3. Etage (Stadtbank).

Sollten die betreffenden Vorhaben, Arbeitgeber u. Formulare in ungenügender Anzahl oder bis zum 15. dieses Monats überhaupt nicht erhalten haben, so können dieselben berechtigt formulare gebraucht Expositionstelle entnehmen.

Leipzig, den 6. November 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Witzig.

Gesucht

Bierkellerei Gustav Adolf Schäfer,
am 28. Juni 1847 zu Dölln geboren, welcher zur Lebenszeit seiner in Wallenstein'schen Dienstlichen Kinder anzuhören ist.

Leipzig, den 9. November 1883.

Der Rath der Stadt Leipzig.
(Nomenant.)
Ludwig. Witzig.

Das Polizeiamt der Stadt Leipzig.
Bierkellerei.

Auction.

Wittich, den 14. November 1883. 2 Uhr Nachmittags.
Versteigerung der Versteigerung Grünwalder Steine Nr. 3, III.,
und kommt Heiligenstadt, Steinwand, Natursteinpapier,
1 Berlin-Kohl und Quarz-Papier, Heimdekoratoren, Kreien,
Tafeln, Regale, Schränke, Stühle, 8 Lit. Tassen, 12 Lit. Spülz.
und andere Gegenstände zur Auction.
Leipzig, den 13. November 1883.

Thierbach, Gerichtsvollzieher.

Richtamtlicher Theil.

Eine merkwürdige Parallele.

In der letzten Zeit beschäftigen sich die Präfogarne der Reichsregierung in auffallender Weise gern mit dem Thema der Mittelparteien und einer aus den gemäßigten Elementen der Liberalen und Conservativen gebildeten Parlamentsmajorität. Wo immer an irgend einer Stelle mittelparteiliche Accorde angeklungen werden, sofort lädt die Stimme der gubernamentalen Presse mit hinein, widerwillig und doch schlußhaft noch einer Wiederkehr jener Tage, da die Regierung ihre Politik auf eine starke und unumstößliche national-liberal-conservative Majorität hütte und nicht bei jeder Gelegenheit mit dem Centrum einen unvereinbaren Handel aus dessen Stimmen abzuschließen brauchte. Weher kommt diese plausibel so stark austretende mittelparteiliche Schaukraft bei den Inspectoren der öffentlichen Presse?

Daher gibt es unzählige Erklärungen. Daß diese Schaukraft kommen würde, wußten wir und haben es auch wiederholt ausgesprochen, daß die Schaukraft aber so schnell, daß sie schon jetzt in einem solchen Maße sich zeigen werde, daß haben selbst wir zu hoffen nicht genugt. Anderses die Notrathen über die hindernissfreien Aufschlußverhandlungen lautet sehr triste. Herr v. Schröder hat in Rom wieder mit einem hindernissfreien Repräsentanten drohen müssen, um die Eminenzen der Curie zu einiger Rücksicht gegen den Staat, nicht im Grunde, sondern nur in Personengriffen, zu bewegen. Aber selbst die Drohung ist ohne Erfolg geblieben. Mit eifriger Freigiebt verlangen die vatikanischen Diplomaten immer weitere Zusicherungen, ohne ihren scharfen Standpunkt auch nur um eines Fingers Breite zu verloren. In Düsseldorf hat Herr Winckelmann Welt verhindern, welche Gefahr er der heutigen Socialpolitik vorschreiben könnte, damit sie vor Allem den konservativen Interessen diene und mit der Unterstützung des Centrums zu Stande komme. Wer sollte es da den leitenden Politikern verargen, wenn sie die freier ihrer bisherigen Politik einheben, wenn sie die liberal-conservative Majorität in Herzen vermauern, wenn die Schaukraft nach einer gemäßigt nationalen innern Politik in ihrem Herzen erscheint und bei jeder sich durchsetzen den Gelegenheit sich laut vernünftbar macht?

Wir sind genug die Leute, welche darüber betrübt sein können oder daraus einen Vorwurf herstellen möchten. Nur die Art und Weise, in welcher das mittelparteiliche Verlangen der Regierungspartei sich fund gibt, hat ihr sehr Bedenkliches und widerigt uns zur Abschätzung. Als vor einigen Tagen die "Nationalistische Correspondenz" in einer Art von höfischen Städtebrief die beginnende Schaukraft aufstellte, daß nur deshalb das frühere enge Verhältniß der national-liberalen Partei zur Regierung aufzubrechen müsse, weil die letztere mehrfache Förderungen an die Nachgiebigkeit und Offenherzigkeit unserer Freunde setzte, weil sie nicht eine der wahren parlamentarischen Unterstützung entsprechende Rücksicht auf den liberalen Charakter des Partei nahm, und als das gemäßigte Parteiorgan daran den Schluss zog, daß zur Wiederherstellung

des früheren Verhältnisses eine Aenderung des eisernen Verfahrens der Regierung einzutreten nähle, da lag sich „die Nord-deutsche Allgemeine Zeitung“ veranlaßt, diesen Ausführungen in einer ganzen Seite von Artikeln entgegenzustellen. Man kann nicht genug sagen, daß das offizielle Blatt bei diesem Beginnen besonders glücklich gewesen wäre. Es verzeichnete weiter nichts als die unmotivierte Behauptung entgegenzuhalten, daß die Nationalliberalen die Regierung nicht genügend unterstützen, sich zugleich Oppositionsformulare hingezogen und dadurch eine Trennung notwendig herbeiführt hätten. Jedes Blatt unserer parlamentarischen Geschicht von 1866 bis zum Eintritt der neuen rückwärtigen Mera zeigt, wie wenig begründet dieser Vorwurf ist.

Was uns heute veranlaßt, auf diese allbekannten Thesen zurückzufallen, ist die auffallende Ercheinung, daß das leidende gubernamentale Blatt plötzlich mit einem neuen Reichsgerichtspräsident für den Bruch mit der national-liberalen Partei austritt, ganz spontan, von Niemandem provoziert. Der neue Artikel hiebt sich zwar in das Gewand einer väterlichen Lehre, einer wohlmeinten Erziehung, er tritt in der Form einer historischen Parallelie auf, aber zwischen den Zeilen ist deutlich der eigentliche Zweck, die Entwicklung und Rechtfertigung des Geschehens, zu lesen. Man wird dabei unwillkürlich an den alten Gewenplaus erinnert, wonach derjenige, welcher sich enthaltsam fühlt, sich anträgt. Die Anklage ist denn auch aus der Unberührtheit der Erwahnungen, aus dem hinteren historischen Berichte leicht heraus zu finden.

Den deutschen Nationalliberalen wäre offiziell die angewisse Deaf-Tisza-Partei als nachvorteilhaftes Modelle vorzuhalten. Es wird von den leitenden behauptet: „Die liberale Partei in Ungarn, welche eins den Namen Deaf trug, hat eine glückliche Metamorphose durchgemacht und steht heute als Partei Tisza's vor uns, gleich liberal, gleich stark und mächtig und gleich treu den Traditionen, in welchen die gehörige Kraft der ungarischen Politik ruht. Warum hat sie eine klärende Metamorphose wieder in Deutschland noch in Österreich vollzogen?“ Die Erklärung soll nach dem offiziellen Blatte darin liegen, daß die ungarischen gemäßigten Liberalen niemals so mit der extremen Linie ihres Parteien geschieden hätten, wie angeblich die Nationalliberalen in Deutschland mit der Fortschrittspartei.

Wir wollen an dieser Stelle nicht untersuchen, inwieweit der hier gegen unsre Freunde im Parlament erhobene Vorwurf begründet ist. Wir wollen nur konstatieren, daß jedes Mal, wenn die regierungskundige nationalistische Partei von der conservativen Regierung für ihre Unterstützung im Parlament eine möglichst liberale Concession verlangt, die gubernamentale Presse fast denselbe war, eine solche Förderung unter dem Vorworte zu discrediren, die sie werden nur auf Roletterie mit den Aufkämpfern erlaubt. Wir haben bisher zu jeder Stunde unsere Gehändigkeit gegenüber den Extremen gewahrt und werden das ohne fernherin thun. Aber der Unterschied zwischen den deutschen und den ungarischen Verhältnissen liegt doch so klar zu Tage, daß auch die offiziellen Journalisten ihn hätten bemerken müssen.

Im Ungarn ist eben ein Ministerium Tisza am Ruder, eine liberale Regierung, welche eine gemäßigt liberale, aber doch immerhin eine liberale Politik trifft. Dort braucht die gemäßigt liberale Partei nicht um liberale Concessions zu ringen, braucht sie nicht zur Erzielung solcher nach Voraussetzungen, sondern kann unbedeutend um weitergehende Forderungen von links die Regierung unterstützen. Das Gleiche wäre mit Erfolg in Deutschland geschehen, wenn wir eine gemäßigt liberale Regierung hätten. Etwas rückwärtiges Regime gegenüber, in welches die extrem-conservative Haltung überwiegt, mußte notwendig der liberale Charakter der nationalliberalen Partei sicher oppositionell gegenübergetreten, mußte zu einer Anehnung an die weitere links stehenden Liberalen führen. Dank Bismarck hatte es lange Zeit in der Hand, um in der Sprache der offiziellen Partei zu reden, sich eine deutsche Deafpartei zu kaufen, eine starke, geschlossene, mittelparteiliche Parlaments-Majorität, indem er ein aus gemäßigten liberalen und conservativen Elementen zusammengesetztes Kabinett nach dem Muster des Ministeriums Tisza herstellte. Der rechte Adelmann Tisza, Rudolf von Venningen, hat deshalb mit dem Kaiser unterhandelt, er beansprucht nicht einmal die leidende Stellung im Kabinett, wie sie Tisza in Ungarn inne hat, sondern er verlangt in den Vorziner Unterhandlungen nur die Widerfuhrung einiger politischer Freunde in das Ministerium. Seine berechtigte Forderung wurde abgewiesen. Wie recht Venningen darin batte, ein vereinzeltes Portfeuille in einem rein conservativen Kabinett zu verhindern, erhebt aus der unhalbaren Stellung, welche seiner Zeit Herr Bredt in einem solchen einging.

Die beabsichtigte einzische Entschuldigung des gubernamentalen Bruders mit den Nationalliberalen durch die ungarische Parallele ist also vollkommen mißlungnen, die Alllage gegen unsre Freunde perfekt geschlagen. Die letzte Karo ist vielmehr für jeden Unverständigen klar. Für Bismarck aber mag sich an die Spize einer gemäßigt liberalen Regierung à la Tisza stellen, und man wird auch wieder eine deutsche Deafpartei, eine gemäßigt liberale, starke und fest geschlossene Parlamentsmajorität haben.

Leipzig, 14. November 1883.

* Die als unmittelbar bevorstehend angedeutete Thesi des russischen Minister Herrn d. Giers an St. Petersburg ist impositorisch bereits zur Thatsache geworden. Ob dieselbe aufschlußreich oder vorwiegend durch家庭的 Verhältnisse bestimmt ist, ob der beobachtete Bruch im Friedensdrucke beim Reichskanzler nur ein Act der Courtoisie ist, dürfte bald bestimmt werden; jedenfalls wäre es nicht zu verwundern, wenn die russische Legationskanzlei sich bei ihrer Kommentirung der jüngsten Russischen Staatsklausur unwillkürlich an die Deutungen anschließe, die sie dem legitimatischen Besuch Mitt. und Südeuropas durch Herrn d. Giers gegeben. Wie ein Bild auf die internationale Situation, insbesondere die des Balkanhalbinsel zeigt, hat Rusland dafür gesorgt, daß die Bedeutung und die Tragweite seines Einflusses auf die Verfassung der dort noch zu vollbringenden Aufgaben so leicht nicht unterschätzt werden kann. Soeben aber haben die autorisierten Organe der autokratischen Politik des zaristischen seine Gelegenheit ungenutzt verstreichen lassen, ohne der aufrichtigen Friedensliebe und dem tiefen Bruderschaftsgeiste der nordischen Groß-

mächten breiten Zuhörer zu geben. Das Spiel des Zufalls will es nun, daß in demselben Augenblick, da Herr d. Giers St. Petersburg verlassen hat, ein hervorragendes politisches Journal Wien — das "Freudenthal" — in einem sehr lebhaft und überzeugend geschriebenen Artikel nachweist, wie ungleich wichtiger und zahlreicher die zwischen Österreich-Ungarn und Russland vorhandenen verbindenden, als die trennenden Momente sind. Dem Artikel schreibt ist es sehr wohl bekannt, wie wichtig die in Russland gegen Österreich-Ungarn begangene Eroberung ist, und welche Mittel sie anwendet, um ihren Erfolg an leidender Stelle einzufangen zu verhindern. Beobachtet spricht er es aus, daß die Schäden der Friedensstörung immer ganz wesentlich in den Mängeln friedfertiger Einstellung liegen, und daß die heile Art, bedeutenden Kontraversen die Spize abzubrechen, sei, sie überdrast nicht aufzuwerken. Zum Beweis führt, daß nicht Österreich-Ungarn sich der Wangenfrieden friedfertiger Einstellung schuldig gemacht habe, werden die schwäbischen und bulgarischen Angelegenheiten erläutert, und wird im Anschluß an diese Argumentation auf die Eigenheitheit seitens Russlands gedrungen. Die Sprache der St. Petersburger Offiziosen faßt den Gedanke daher zu bieten, daß die Ausübung des Wiener Friedens, seitens der Russen, voll Würdigung finden werden. Auch von dem bulgarischen Minister, Herrn Balabonow, über das Rechtstaatliche St. Petersburger und Wiener Mission gegebenen Anschlüssen erweisen sich durchaus in conciliatorischer Richtung und so weit, daß die Prinzipien der Gleichberechtigung mit denen, welche sie annehmen, zusammenfallen, also es überdrast abgelehnt, die Frage zu entscheiden, welche die dritte Strafsele des Reichsgerichts gegenüber den vaticaniischen Decreten das der dritte Strafsele des Reichsgerichts an seinem Theile zu verbinden beginnen, und so zeigt es: Prinzipiell obata. Man beginnt vollkommen, daß die ultramontanen Blätter die fragliche Urtheilsmotivierung bejubeln und in Consequenz derer die Aufhebung der Katholikenfeinde fordern. Gottlob steht das Urteil über die Verhältnisse eines Gerichtshofes und keinem anderen offiziell verfasste Recht; aber das ist zu machen und doch wohl auch zu hoffen, daß das Reichsgericht einen solchen Beklagriff nicht bloß nicht weiterhole, sondern denselben auch bei nächster Gelegenheit auf unmissverständlich Weise corrigeire.

* Am Dienstag findet die Stichwahlen zur Berliner Stadtvorordnetenversammlung statt. Es sind deren bekanntlich zehn vorgesehenen, und zwar 7 großbürgerliche Parteien und Bürgerpartei, 3 großbürgerliche und Sozialdemokraten. Au und für sich ist das Resultat dieser Wahlen, das auf ganz verschiedenem Grundlage ist, zweitens gleichgültig. Wenn der Wahlsieg gleichzeitig ein lebhaftes Interesse ausgibt, wird es wohl nicht von Nebenwürdigen erachtet werden, daß die Ausübung des Wiener Friedens, seitens der Russen, voll Würdigung finden werden. Auch von dem bulgarischen Minister, Herrn Balabonow, über das Rechtstaatliche St. Petersburger und Wiener Mission gegebenen Anschlüssen erweisen sich durchaus in conciliatorischer Richtung und so weit, daß die Prinzipien der Gleichberechtigung mit denen, welche sie annehmen, zusammenfallen, also es überdrast abgelehnt, die Frage zu entscheiden, welche die dritte Strafsele des Reichsgerichts an seinem Theile zu verbinden beginnen, und so weit, daß die Prinzipiell obata. Wenn man die Ausführungen der verschiedenen Parteien auf den ersten Blick verfolgt, so ergibt es sich unverkennbar, daß sowohl die Bürger- als die Börsenpartei in den Stichwahlen für die Sozialdemokraten eintreten werden. So hoch ist die Parteibasis unter den bei aller Gegnerschaft doch auf dem Boden der Staats- und Gesellschaftsordnung stehenden Parteien gestiegen, daß sie am ihrem Erfolge, für die Sozialdemokraten einzutreten, gar kein Ohr mehr machen. Was bei den leitenden Reichstagswahlen noch mit einer Verhältnisfrage stand, wird jetzt ganz offen aufgespielt. Die Sozialdemokraten überwiegend haben conquent Wahlbehaltung verhindert und mit Rücksicht ihres Erfolges gegen die Sozialdemokraten eingetreten, gar kein Ohr mehr machen. Aber die Börsenpartei kann sich viele Sozialdemokraten der Wahl entziehen, andere für die Fortschritte, noch andere für die Bürgerpartei stimmen. Die Stimmung in den Arbeitskreisen geht in dieser Hinsicht offenbar weit ausserunter. Der verhältnisgleiche Wahlgang der "Volkszeitung", der Sozialdemokratie die drei zwischen ihr und der Fortschrittspartei zeitigen Wahlkreise freiwillig und ohne Kampf preisgegeben, ist bei beiden Parteien ganz unverkennbar gekommen, hat vielleicht nur Spott und Hohn hervergerufen und war wegen seiner primitiven Bedeutung sehr zu bedauern.

* Bei der Reichstagwahl in Oppeln am 8. d. M. wurde Abg. Graf Ballenstrem (Centrum), der das Wahlkreis seit 1870 vertritt, mit 8942 von 9033 Stimmen wieder gewählt. Graf Ballenstrem hatte sein Mandat im Sommer d. J. wegen Differenzen mit seinem Parteigenossen, namentlich über die Haltung des Reichstags, verloren. Der Reichstag, wie er sich in der Haltung des Partei-Organs, der "Sächsischen Volkszeitung", niedergelassen, sich dann aber, als jene Differenzen äußerlich ausgegliedert waren, wieder angenommen, und so ist er wieder gewählt worden. Ein ehemaliger Gegencandidat war überhaupt nicht angetreten.

* Die Verhandlungen zwischen Anhalt und Preußen wegen Besitz Antals des Salzbergwerks Leopoldshall sind nunmehr zum Abschluß gelangt. Im folge dessen ist durch das folgende Anschreiben des anhaltischen Staatsministers an den Landtag des Herzogthums zu Oppeln auf den 3. December zu einer außerordentlichen Sitzung einberufen worden: „In der Sitzung des Landtags vom 6. April d. J. wurde die Verlängerung angesprochen, in der Hoffnung, daß die damals schwindenden Verhandlungen über eine anderweitige Gestaltung der Verhältnisse des Salzbergwerks Leopoldshall abhalb zum Abschluß führen und der Staatsregierung Veranlassung geben werden, den Verdruß ausdrücklich zu mildern. Nachdem diese Verhandlungen aber wieder offen aufgenommen werden, ist es nicht möglich, ohne die Beteiligung der Börsenpartei zu einem Abschluß zu kommen. Die Börsenpartei ist in dieser Hinsicht offenbar weit ausserunter. Der verhältnisgleiche Wahlgang der "Volkszeitung", der Sozialdemokratie die drei zwischen ihr und der Fortschrittspartei zeitigen Wahlkreise freiwillig und ohne Kampf preisgegeben, ist bei beiden Parteien ganz unverkennbar gekommen, hat vielleicht nur Spott und Hohn hervergerufen und war wegen seiner primitiven Bedeutung sehr zu bedauern.“

* Am Petersburg, 11. November, wird uns geschrieben: Seit einiger Zeit haben mehrere deutsche Banken in Warschau und an anderen bedeutenden Städten des östlichen Polens Agenten engagiert, welche den einheimischen Banken in der Bekämpfung länderlicher Grundherrschaft bedeutende Konkurrenz machen, da sie das Geld unter erheblich conkurrierenden Bedingungen abwickeln können. Diese Einrichtung, wie sehr sie auch den polnischen Grundherrn willkommen ist, hat nicht verschüttet, in den höchsten deutschniedlichen Kreisen das ungeliebte Aussehen zu erregen. Es ist unbedeutend, in welcher Weise die ganze Angelegenheit aufgeklärt wird, wie man in diesen rein privaten Unternehmen die Hand der deutschen Regierung erkennen will, die sich auf diesem Wege zu Friedlichen Eroberungen in Russland bereit macht. Sicherlich hat es auch in der Presse nicht an Stimmen gekehrt, welche dieser bankischen, rein bürgerlichen Spekulation in der unglücklichen Weise entgegengestellt sind. Ganz befürbend sind die Angriffe der russischen "Petersburger Zeitung", deren bürgerlicher Herausgeber der durch seinen fanatischen Deutschenbahn, wie durch glühende Ver-